

# Der Volksstaat

Erscheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes an.

Für Leipzig nehmen Bestellungen an: A. Sebel, Petersstraße 18, S. Thiele, Emilienstraße 2.

Erscheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.

Abonnementspreis: Für Preußen incl. Stempelsteuer 16 Ngr., für die übrigen deutschen Staaten 12 Ngr. per Quartal.

Subskription für die besetzten Provinzen: F. A. Sorge, Box 101 Hoboken N.J. via New York

## Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei und der Internationalen Gewerkschaften.

Wir bitten unsere Parteigenossen, uns alle nicht schon im im „Volksstaat“ veröffentlichten Zeitungsartikel über den Leipziger „Hochverrathsprozess“ zuzuwenden.

(Eingekandt vom Rhein:

**Arbeiter! Gefinnungsgenossen!**

Die Antwort auf das Bourgeois-Urtheil in Leipzig gegen Liebknecht und Bebel muß sein: 1000 Exemplare „Volksstaat“ mehr in die Welt!

Die Schlussvertheidigungssrede des Adv. Freytag (Plauen) sowie den Schluss der Prozessverhandlung überhaupt können wir erst in nächster Nummer bringen. Die ungehaltenen Schlussvertheidigungssreden der Angeklagten, welche zunächst in dem bereits vorbereiteten Gesamtbericht der Prozessverhandlungen abgedruckt werden sollen, werden im „Volksstaat“ demnächst auszugsweise mitgetheilt werden.

### Zum Leipziger Hochverrathsprozess.

Das Urtheil in dem Prozeß gegen Liebknecht und Bebel hat in den weitesten Kreisen das peinlichste Aufsehen erregt. Ein großer Theil der halbwegs unabhängigen Presse (die „Frankfurter Zeitung“, der „Frankfurter Beobachter“, der „Nürnberger Correspondent“, die „Mittelrheinische Zeitung“, die „Berliner „Volkszeitung“ u. s. w.) hatten schon vor Schluss des Prozesses einstimmig ihr Urtheil dahin abgegeben, daß der Prozeß ein Tendenzprozeß sei, und daß die Geschwornen unzweifelhaft freisprechen würden. Ebenso einstimmig waren alle uns zu Gesicht gekommenen Zeitungen darin, daß die Leitung der Verhandlungen durch den Präsidenten den Schein der Parteilichkeit und unstatthafter Beeinflussung trage.

Wir wollen uns hierüber vorläufig eines Urtheils enthalten, fühlten uns aber um so mehr verpflichtet, auf eine Reihe von Vorfällen aufmerksam zu machen, welche den Prozeß und sein Endresultat in sehr eigenthümlichem Lichte erscheinen lassen.

In erster Linie ist es allgemein als höchst anstößig befunden worden, daß während der Dauer des Prozesses regelmäßig jeden Abend eine Anzahl Geschwornener, der Staatsanwalt und Mitglieder des Gerichtshofes in der Restauration von Schay (in der Ritterstraße) zusammenkamen, und daß dort, wie durch Zeugen nachgewiesen werden kann, der Prozeß öfters den Gegenstand der Unterhaltung bildete.

An einem dieser Abende richtete der Geschworne Kaufmann B. an den Geschwornen Rittergutsbesitzer W. folgende Bemerkung: „Ich möchte wissen, ob der Präsident des Schwurgerichtshofes, wenn man ihn auf das Gewissen fragte, ob die Angeklagten juristisch schuldig sind, dies bejaht. Für moralisch schuldig halte ich sie, aber nicht für juristisch.“ Wir wissen nicht ob der Geschworne B. dem Präsidenten diese Frage vorgelegt hat; ist es geschehen, dann schlimm genug, denn darüber herrscht in ganz Leipzig, bei Freund und Feind und bei den Angeklagten am allerwenigsten, kein Zweifel, daß der Präsident den Angeklagten entschieden feindlich gesinnt, und ihre Verurtheilung in seinen Augen eine Nothwendigkeit war.

Am Tage vor der Verurtheilung, Montag den 25. März Abend, saßen wieder eine Anzahl Geschwornener und Mitglieder des Gerichtshofes bei einem Glase Bier in der Schay'schen Restauration. Unter ihnen befand sich auch der (nicht zum Schwurgericht gehörige) Appellationsgerichtsrath Müller, der, zu den Geschwornen gewandt, u. A. folgende Bemerkung machte: „Denken Sie sich, meine Herren! mir träumte verfllossene Nacht, Bebel\*) sei freigesprochen worden, da habe ich mich aber geärzert.“ Nun, deutlicher kann man sich wahrhaftig nicht aussprechen. Herr Müller ist außerordentliches Mitglied des Appellationsgerichtes, Meister vom Stuhl der Loge Minerva u. s. w., wie die meisten Freimaurer, enragierter Rational Liberaler.

Dienstag früh den 27. März, am Tage der Verurtheilung, traf der Geschworne Oberförster Börner aus Seidewitz bei Leisnig mit einem Mitglied des Gerichtshofes zusammen auf dem Corridor des Gerichtshofes. Nach der üblichen Begrüßung entschuldigte er sich, daß er den Abend vorher nicht bei Schay habe sein können, „wir sind gestern Abend zu Wigleben's Bruder eingeladen worden.“ (Herr Forstinspektor von Wigleben war Hülfsgeschworne, sein Bruder hier ist Herr v. Wigleben, der Chef-Redakteur der königl. sächsischen „Leipziger Zeitung“. Letzterer „Herr von“ soll, wie die meisten der höheren Regierungsbeamten, entschieden für die Verurtheilung gewesen sein.)

Den Geschwornen S. aus N. trifft ein hiesiger Rechtsanwalt auf der Straße; „Nun Herr N.“, redet dieser ihn an, sagen Sie mir ein Mal offen und ehrlich: können Sie sich ein klares Bild machen über die vielen Aktenstücke, die Ihnen vorgelesen werden?“ Die Antwort lautete offen und naiv: „Herr Advokat, offen gesagt, wenn ich nicht zeitwei-

lig eine Priße nähm', schließe ich dabei ein.“ Der Geschworne, der sich „kein klares Bild“ über das Vorgelesene machen konnte und zeitweilig „eine Priße nehmen“ mußte, um nicht „einzuschlafen“, stimmte für die Verurtheilung. Fiat justitia, pereat mundus!\*)

Troy des eben hier erzählten Falles fand es der spätere Obmann der Geschwornen, Herr Rittergutsbesitzer Steiger auf Schweta, mehrmals für angemessen, in gereiztem Tone sich gegen den Verdacht zu verwahren, als besäßen die Geschwornenen nicht die nöthige „Intelligenz“, den innern Zusammenhang der bei dem Rejums aus einzelnen Artikeln herausgerissenen Stellen zu verstehen, nachdem die Vertheidiger in Rücksicht auf die Geschwornenen ein klarees Verfahren in der Beweisaufnahme von Seiten des Herrn Präsidenten verlangt hatten. Herr Steiger war es auch, der als Obmann die denkwürdigen Worte aussprach:

„Wir nehmen das Bewußtsein mit, daß wir unser Gewissen bewahrt und unserm Eide treu geblieben sind, und erwarten ruhig, was die Welt über uns sagt.“

Ist es doch, als hätte er im Voraus geahnt, was die öffentliche Meinung, so weit sie nicht durch Fanatismus blind gemacht ist, über das Urtheil sagt.

Und nicht allein die öffentliche Meinung unter den Laien hat, so weit wir bis jetzt Urtheile zu hören Gelegenheit hatten, mit seltener Einmüthigkeit das Verdict verurtheilt, auch in den Kreisen der Sachleute, der Juristen, ist dasselbe der Fall. So gar in den Kreisen richterlicher Beamten sind Urtheile gefallen, unendlich schärfer als dasjenige, welches der Vertheidiger Herr Advokat Freytag (Plauen) fällte, dahin lautend, daß eine etwaige Verurtheilung seiner subjektiven Meinung nach „ein Flecken an der Ehre der sächsischen Rechtspflege sei“. Wir haben das Urtheil eines angesehenen richterlichen Beamten vernommen, der nach der Schluss des Prozesses erklärte: „Mag der Prozeß verlaufen wie er will, er ist eine Blamage für die sächsische Justiz.“

Daß eine Verurtheilung auch in den höchsten Kreisen der sächsischen Justizbeamten für eine juristische Unmöglichkeit gehalten wurde, beweist eine Aeußerung des Generalstaatsanwalts Dr. Schwarze, desselben Generalstaatsanwalts, der es sich, gleich seinem Chef, dem Justizminister Abeken, nicht verdrücken ließ, mehrere Male während des Prozesses und namentlich am letzten Tage, wo die Entscheidung fiel, herbeizueilen, um zu hören, zu sehen und — zu helfen. Es war vor jetzt einem Jahre — wenn wir nicht irren am 23. März, — bei der Eröffnung des „ersten“ deutschen Reichstags. Die Reichsboten, unter ihnen Herr Generalstaatsanwalt Dr. Schwarze, sind, in Landsmannschaften gruppiert, aufgestellt im weißen Saal des preussischen Königspalastes. Fürst Bismarck tritt herein, geht auf den sächsischen Generalstaatsanwalt zu und redet ihn ungefähr mit den Worten an: „Nun, Herr Generalstaatsanwalt, was wird denn aus dem Prozeß Bebel und Genossen? (Die Angeklagten saßen damals noch in Untersuchungshaft.) Der Herr Generalstaatsanwalt Dr. Schwarze zuckt die Achseln und antwortet: „Gar nichts wird.“ Darauf replicirt Bismarck unwillig: „Dann hätte man auch die Leute nicht einstecken sollen; jetzt fällt das Odium des Prozesses auf uns.“ Spricht's und läßt den verdutzten Herrn Generalstaatsanwalt stehen. Wenige Augenblicke danach nähert sich der sächsische Finanzminister, Herr von Friesen, dem Reichstagsabgeordneten Prof. Birnbaum aus Lindenau bei Leipzig und sagt zu ihm: „Da hat unser Schwarze wieder einmal eine große Dummheit gemacht.“ Ist das nicht löstlich? Und doch wird der Prozeß nach Verlauf eines vollen Jahres noch in Szene gesetzt und es gelingt, die Haupt-Angeklagten, auf die es abgesehen war, zu verurtheilen. Fiat justitia, pereat mundus!

### Die Bewegung unter dem englischen Landproletariat.

Die Bewegung unter den ländlichen Arbeitern Englands greift immer mehr um sich. Die Tagelöhner bilden überall Trades-Unions und in Warwickshire haben sie bereits, weil von den Grundbesitzern und Pächtern mit ihren Forderungen abgewiesen, einen Strike begonnen. Aus handgreiflichen Gründen beschäftigt sich die Bourgeoispresse sehr aufmerksam mit diesen Vorgängen; die „Englische Correspondenz“ schreibt darüber:

„Die Unzulänglichkeit des Lohnes in den südlicheren und mittleren Grafschaften des Königreichs hat auch unter der ländlichen Bevölkerung jene Agitation wachgerufen, welche bisher fast ausschließlich die großen Mittelpunkte der Industrie heimgesucht (1) pflegte. In Devonshire verdient der ländliche Arbeiter wöchentlich 8—9 Schilling\*\*, in den mittleren Distrikten deren 9—10, ein Betrag, welcher allerdings schwerlich ausreichen kann, die Existenz von fünf bis sechs Personen zu fristen. Hierzu kommt, daß die Wohnungen dieser Arbeiter oft sehr weit von dem Ort entfernt liegen, an welchem sie beschäftigt sind; und alle diese Verhältnisse mögen allerdings wenig angehan sein, diese niedrige Klasse der Landbewohner mit ihrer Lage zufrieden zu stimmen. Die Anschauung, daß dieselben den modernen sozialistischen Ideen absolut unzugäng-

lich seien, hat sich längst, und nicht nur in England, als eine Täuschung erwiesen. Die Coalitions, wie sie sich z. B. in Warwickshire gebildet haben, tragen allerdings noch nicht jenen revolutionären Charakter wie die Meetings des Mr. Odger in London, es handelt sich bei ihnen noch nicht um den Umsturz des Thrones und der heutigen Gesellschaft, aber sie fordern mit seltener Einmüthigkeit eine Verminderung der Arbeitszeit und eine Lohnaufbesserung, und zwar unter Drohungen, welche vielleicht gefährlicher sind als die Gewaltthätigkeiten (??) in den Industriebezirken. Die Arbeiter wissen sehr wohl, daß die Löhne in den Kolonien beträchtlich höher sind, als im Mutterlande, namentlich für die Feldarbeiter, welche im Königreich bereits zu fehlen beginnen. Sie stellen daher die Pächter vor die Alternative einer Lohnaufbesserung auf sechszehn Schillinge oder einer Massenauswanderung. Diese an sich durchaus gefegliche Pression ist für die betreffenden Kreise in hohem Grade beunruhigend. Die Pächter können, ohne sich selbst zu ruiniren, den Arbeitern nicht ein Wochenlohn von 16 Schillingen zahlen. Sie müssen selbst ihren Pachtcontracten genügen, und diese beruhen auf Berechnungen, welche eine solche Erhöhung der Arbeitslöhne gänzlich über den Haufen werfen würde. Die Pächter sind daher auch keineswegs geneigt, sich dem Ansinnen der Arbeiter zu fügen, und der Klassenkampf droht in den Landbezirken dieselbe Erbitterung anzunehmen, wie es in den Städten bereits der Fall ist. Die Pächter haben eine Gegencoalition gebildet und sich gegenseitig verpflichtet, alle an der Bewegung theilnehmenden Arbeiter zu entlassen, sie aus dem Pachtbezirk fortzuweisen und ihnen nirgend wieder Arbeit zu gewähren. Die Arbeiter andererseits machen sich im Ganzen darüber wenig Sorge. Sie lieben längst nicht mehr an der Scholle und wissen, daß es für Feldarbeit in England überall an Armen gebriecht, namentlich im Norden, wo in Folge dessen auch bessere Löhne gezahlt werden. Die englische Presse kann nicht umhin, sich mit diesem Gegenstande ernstlich zu beschäftigen. Sie muß der Haltung der Arbeiter und der von ihnen beliebten Organisation Gerechtigkeit widerfahren lassen, zumal dieselben nicht wie sonst (durch Mord und Brand!) ihre Unzufriedenheit bethätigen. Im Gegentheil. Sie thun durch Einwendungen an die Provinzialblätter dar, daß sie den Conflict ganz nach der Theorie der modernen Volkswirtschaftslehre über Angebot und Nachfrage zu lösen gedenken. Sie verlangen keine Staatshilfe, auch keine soziale Reorganisation der Gesellschaft, es handelt sich bei ihnen nur (!) um die Existenzfrage. Bis zu diesem Augenblicke ist die Hand der Internationale in dieser Bewegung allem Anschein nach noch nicht zu spüren. Unzweifelhaft wird aber bei einer weiteren Ausdehnung derselben die Internationale sich bemühen, nach Kräften die Erfüllung ihres Lieblingswunsches zu fördern: die soziale Frage in ihrem ganzen Umfange auch in die ländliche Bevölkerung zu tragen.“

Wir bezweifeln nicht, daß die Internationale sich „bemühen“, und auch nicht, daß sie sich mit Erfolg „bemühen“ wird. Die Verhältnisse „konspiriren“ für sie. Recht charakteristisch ist die Bemerkung des Correspondenten, daß es sich für die Landarbeiter „nur um die Existenzfrage handle“, als ob ein höheres Kampfsobjekt denkbar wäre! Freilich, die „Existenz“ der Proletarier hat für die Herren Bourgeois „nur“ in sofern Bedeutung, als sie zur Kapitalbildung nothwendig ist. Von vollständiger Unterthanigkeit der einschlägigen Verhältnisse zeugt die Bemerkung, die Pächter der südlichen und mittleren Grafschaften könnten, ohne sich selbst zu ruiniren, die verlangten 16 Sh. nicht zahlen. Sie können es ebenso gut, wie die Pächter des Nordens — allerdings würden sie dann nicht mehr so unerschämte Profite machen, wie jetzt. Und wäre es selbst wahr — was jedoch nicht der Fall — daß die Pächter bloß bei Hungerlöhnen der Landarbeiter bestehen können, was wäre dann bewiesen? Daß die Landarbeiter verhungern müssen? oder: daß ein Zustand von Grund aus geändert werden muß, der es erheischt, daß Hunderttausende verhungern, damit Wenige schmelgen können?

Man nehme die „andere Seite der Medaille“! In den Englischen Blättern der vorigen Woche wird der Tod des Lord Lonsdale gemeldet, — dieser Musteraristokrat, „the model of a gentleman“, hat 1 Millton Pfund Sterling in baar, und Grundeigentum mit einem jährlichen Einkommen von 150,000 Pfd. Sterling (1 Million Thlr.) hinterlassen, obgleich sein Leben eine ununterbrochene Orgie gewesen war. Die Arbeiter auf den Gütern des Lord Lonsdale, den Comther Estates, beziehen einen Durchschnittslohn von 8—9 Schilling.

Die Arbeiter des Lord Lonsdale haben den Nationalreichthum vermehrt — und sie schmachten im tiefsten Elend.

Lord Lonsdale hat den „Nationalreichthum“ nicht durch eine Minute nützlicher Arbeit vermehrt, und nach einem Leben des Ueberflusses und der Schwelgerei, hinterläßt er seinen Erben einen „Entbehrungslohn“ von 6—7 Millionen Thaler in Geld und Staatspapieren, „erspart“ aus dem Schwweiß seiner Arbeiter, und dazu ein jährliches Einkommen von 1 Million Thaler, gleichfalls ausgezogen aus dem Mark seiner verhungern, für den Landlord und sich zu Tode rackenden Arbeiter! Und jeder Englische Landlord ist ein Lord Lonsdale. — Und da will man sich wundern, wenn der getretene Wurm endlich emporschneilt?!

\*) Die Möglichkeit, Liebknecht allein zu verurtheilen, war nämlich sehr ernstlich ins Auge gefaßt worden.

\*) Die Gerechtigkeit soll bestehen, mag auch die Welt darüber zu Grunde gehen.  
) ein Schilling — 10 Sgr.

## Urtheil der Presse über den Leipziger Hochverrathsprozess.

Die „Frankfurter Zeitung“ vom 28. März schreibt: „Das Urtheil des Schwurgerichts in dem Leipziger Hochverrathsprozeß, das auf telegraphischem Wege gemeldet wird, muß überall, wo man den Verhandlungen des Prozesses mit einiger Aufmerksamkeit gefolgt ist, ein starkes Ersauern erregen. Die Geschworenen haben über die beiden Hauptangeklagten, Bebel und Liebknecht, das Schuldig gesprochen, und der Gerichtshof hat dieselben zu zweijähriger Festungshaft verurtheilt. Es wird Wenige geben, die nach den Berichten über die Beweisaufnahme und das Zeugenvorhör dies Urtheil erwartet, noch Wenigere, die es für möglich gehalten hätten, daß die vom Gerichtshof formulirten Fragen von der Jury bejaht werden könnten. Wer diese Fragen, welche den Geschworenen vorgelegt wurden, mit nur einigermaßen kritischem Blicke betrachtet, wird das gesprochene Schuldig nicht zu begreifen vermögen. Das Verdict der Jury erklärt, daß die Angeklagten, Handlungen vorgenommen haben, wodurch das hochverräterische Unternehmen, die Verfassung des Königreichs Sachsen und die Verfassung des Norddeutschen Bundes, jetzigen Deutschen Reichs, gewaltsam zu ändern, vorbereitet worden ist.“ Aber wo ist denn die Thatfache eines hochverräterischen „Unternehmens“ im juristischen, im strafrechtlichen Sinne des Wortes festgesetzt? Das deutsche Strafgesetzbuch charakterisirt als „Unternehmen, durch welches das Verbrechen des Hochverraths vollendet wird, jede Handlung durch welche das Vorhaben unmittelbar zur Ausführung gebracht werden soll“ und wenn dasselbe auch die „vorbereitenden Handlungen des hochverräterischen Unternehmens“ mit Strafe bedroht, so ergibt sich daraus, daß dem vorbereiteten Hochverrath kein anderer Begriff des „Unternehmens“ als dem vollendeten Hochverrath unterschoben werden kann. Diese Unterschiebung, diese Verknüpfung der Begriffe liegt aber dem Leipziger Urtheil offenbar zu Grunde. Eine vorbereitende „Handlung, durch welche das Vorhaben des Hochverraths unmittelbar zur Ausführung gebracht werden soll“, ist keineswegs nachgewiesen. Auch nicht eine der acht den Geschworenen vorgelegten Fragen, welche den Thatbestand der verbrecherischen Handlung konstatiren sollen, enthält irgend Etwas davon. Die Fragen beziehen sich auf die Gründung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu Eisenach, auf die Redaktion des „Volksstaat“, auf die revolutionäre Tendenz dieses Blattes, auf die Umpfischung und Verbreitung von Schriften derselben Tendenz, auf die Agitation in Versammlungen, auf den Versuch, die Landbevölkerung und das Militär aufzureizen (die hierauf bezügliche Frage haben die Geschworenen übrigens verneinend beantwortet), endlich auf die Verbindung mit der Internationalen. In dem einen oder andern dieser Punkte mag das Material zu irgend einer andern Anklage stecken, — das Material, eine Handlung zu konstatiren, durch welche das hochverräterische „Vorhaben unmittelbar zur Ausführung gebracht werden soll“, steht darin nicht. Nirgend ist behauptet und der Beweis geführt, daß die Angeklagten ein hochverräterisches Vorhaben, das unmittelbar zur Ausführung gebracht werden sollte, verabredet oder daß sie Handlungen, die darauf hinielten, begangen hätten. Die Anklage hat nur die revolutionäre Tendenz der Angeklagten möglichst stark hervorgehoben, alte und neue Neben und Schriften (die zum größten Theile ungehindert und unangefochten im Deutschen Reich zirkuliren) hervorgeholt, Handlungen, die nicht strafbar sind, zusammengerechnet, um durch die Addition an sich nicht mit Strafe bedrohter oder doch nicht als Hochverrath zu qualifizirender Handlungen eine Vorbereitung zum Hochverrath zu folgern. So erscheint der Prozeß — auch die eigenthümliche Haltung des Gerichtspräsidenten nicht zu vergessen — als ein Tendenzprozeß im schlimmsten Sinne des Wortes. Er reiht sich jenen Prozeduren an, die unter den Namen Kölner Communistenprozeß, Labendorfscher Prozeß, Moskauer Hochverrathsprozeß bekannt und wahrlich keine Bierden unserer deutschen Geschichte sind. Die Hand Stieber's, die heute wie damals thätig war, hat dem Prozesse das charakteristische Gepräge aufgedrückt. Nicht nur in rechtlicher, sondern auch in politischer Hinsicht ist der ganze Prozeß und sein Ausgang tief zu bedauern. Er ist leider nur zu sehr geeignet, den Haß zwischen den Klassen der Gesellschaft zu verschärfen. In seinem tendentiösen Charakter erscheint er wie ein Racheakt der Bourgeoisie, der die Bebel und Liebknecht im Namen des Proletariats den Krieg angefangen haben, erscheint er wie ein Mittel, um unbesuene oder gefährliche Gegner mundtot zu machen und hinter Schloß und Riegel zu bringen. Das kann nur üble Wirkungen haben. Man macht die Bebel und Liebknecht — denen auch Gegner ihrer sozialdemokratischen und kollektivistischen Pläne wie wir die Anerkennung nicht versagen können, daß sie auf der Bank der Angeklagten eine männliche und würdige Haltung bewiesen — zu Märtyrern, und man erreicht eher alles Andere als den Zweck, die sozialdemokratische Bewegung zu erdrücken und die sozialistischen Theorien zu bannen. Theorien und Tendenzen und Ideen — und die sind in der That der eigentliche Gegenstand des Prozesses gewesen — beseitigt man durch Verurtheilungen nicht. Ihre Wahrheit oder Unwahrheit, ihre Berechtigung oder Nichtberechtigung, ihre Ausführbarkeit oder Nichtausführbarkeit erweist sich nur in der freien Diskussion, in dem ungehemmten Fluße des öffentlichen

Lebens. Mit strafrechtlichen Verdicten dämmt man die Woge höchstens um einen Moment zurück, so daß sie im nächsten Moment nur um so gewaltigamer hervorbricht.“

„Ein Racheakt der Bourgeoisie“ — die „Frankfurter Zeitung“ selber ein Organ der Bourgeoisie.

Der „Frankfurter Beobachter“ schreibt d. d. 28. März: „In dem Leipziger Hochverrathsprozeß gegen Liebknecht, Bebel und Hoppner ist gestern das Urtheil des Schwurgerichtshofes gefällt. Zwei Jahre Festungshaft für die beiden ersten Angeklagten, und der Dritte freigesprochen — das ist das Resultat dieses Prozesses, der ein Denkmal unserer politischen Zustände sein wird. Da jedoch die Verteidiger die Nichtigkeitsbeschwerden gegen die Fragestellung „und noch eine Reihe anderer Beschwerden“ bereits angemeldet haben, so ist es wahrscheinlich, daß dieses Tableau noch einmal vor den Augen der Zeitgenossen sich präsentiren wird. Anklage, Leitung der Verhandlung durch den Präsidenten und die Auffassungsweise der Geschworenen sind gleich charakteristisch in diesem Prozesse. Nahm sich doch einer der Geschworenen, der nachmalige Obmann, Rittergutsbesitzer Steiger aus Schweta, als die Angeklagten mit dem Präsidenten in Konflikt über die Art der Leitung des Prozesses gerieten, die wunderbare Freiheit heraus, dem Präsidenten mit der Erklärung zu sekundiren, daß nach der Meinung der Geschworenen der Gerichtshof während der Verhandlung lediglich die **Belastungsmomente** zu betonen habe, während es der Verteidigung ja überlassen bleibe, die **Entlastungsmomente** hervorzuheben. Und diese seltsame Definition der Pflichten des Gerichtshofes blieb von dem Präsidenten unwiderrprochen, der sie sich überdies im ganzen Laufe des Prozesses schon angeeignet hatte. — Wir sind aus hundert Gründen überzeugt, daß der gestrige Urtheilspruch wie das ganze Verfahren von dem Kassationshofe vernichtet werden wird.“

Der „Braunschw. Volksfreund“ schreibt unterm 28. März: „Das Unerhörte ist geschehen. Die Geschworenen, die Vertreter der besitzenden Klassen, haben im Leipziger Hochverrathsprozeß das Schuldig gesprochen über die Vertreter der Arbeiterklasse Bebel u. Liebknecht. Letztere sind jeder zu 2 Jahren Festungshaft verurtheilt, auf welche die erlittene Untersuchungshaft allerdings angerechnet wird. Hoppner wurde freigesprochen. Nachdem im Prozeß gegen den Braunschweiger Ausschuß, gegen den im Wesentlichen dasselbe Material vorlag wie gegen Bebel und Liebknecht, die Oberstaatsanwaltschaft in Wolfenbüttel und der Anklagesenat daselbst die Erhebung der Anklage wegen Vorbereitung des Hochverraths, unter sorgsamster juristischer Motivirung dieses Schrittes, abgelehnt, das Dresdener Oberappellationsgericht auch die Uebereinstimmung mit den hier aufgestellten juristischen Deduktionen ausgesprochen hat, muß das Verdict der Geschworenen in Leipzig jeden ruhig Denkenden bestreuen. Die Vertreter der besitzenden Klassen haben damit nicht allein zwei der edelsten und strebsamsten Männer verurtheilt, sie haben gleichzeitig den Stab gebrochen über die Bestrebungen der Arbeiterklasse, einen gerechteren Staats- und Gesellschaftszustand herbeigeführt zu sehen. Mag auch die Hoffnung, durch die bereits angemeldete Nichtigkeitsbeschwerden das ergangene Urtheil schließlich kassirt zu sehen, — wie ja auch der Braunschweiger Sozialistenprozeß die Kassation jenes bekannten kreisgerichtlichen Urtheils mit sich brachte — nicht unberechtigt sein, das Verdict der Leipziger Geschworenen ist, bei dem Mangel jeglichen Beweises dafür, daß die Angeklagten wirklich den gewaltsamen Angriff gegen irgend welche Verfassung vorgehabt, gleichzustellen jenen inquisitorischen Glaubensverfolgungen aus der finsternen Zeit des Mittelalters, daselbst erscheint in unserer Zeit der Aufklärung und des raschesten Umbildungsprozesses in Staat und Gesellschaft geradezu unerhört. Die Sozialdemokratie aber wird sich darob nur um so mächtiger entwickeln!“

Das „Würzburger Journal“ vom 27. d. schreibt (ebenfalls ohne Kenntniß des Urtheils):

„Die schwurgerichtlichen Verhandlungen in dem Leipziger Hochverrathsprozeße nehmen nachgerade einen Charakter an, der jedes Rechtsgefühl empören muß, gleichviel ob man mit der Richtung von Bebel und Liebknecht einverstanden ist oder nicht. Der Präsident — Müke ist der Name dieses Wackern — thut Sitzung für Sitzung rechtchaffen das Seine, um den Respekt vor der Justiz gründlich zu ruiniren durch die Art und Weise, wie er sich den Angeklagten gegenüber geradezu als Partei, dem Staatsanwalt gegenüber als ergebener Augenbedienter benimmt. Im Uebrigen ist trotz der offenkundigen Voreingenommenheit der Geschworenen an eine Beurtheilung der Angeklagten wegen Hochverrath wohl kaum zu denken und der mit wahrhaft kindlicher Naivität eingebrochene Prozeß dürfte ein passendes Seitenstück zur Affaire Westermelle abgeben.“

Die „Demokratische Zeitung“ schreibt in ihrer Nummer vom 28. März:

„Das Urtheil des Leipziger Schwurgerichts wirft einen trüben Schatten in die rosigen Flitterwochen des deutschen Reichs und verkündigt den freiheitlichen Bestrebungen eine stürm- und drangvolle Zukunft.“

„Die Fehler der Reaktion, welche den ersten deutschen Frühling zu Grabe trug, hat unsere leitende Politik hinweggeräumt, die schleswig-holsteinische, die kurhessische und die deutsche Frage sind den Händen der Revolution entwunden und von der Reaktion gelöst worden, welche sich heute auf dem Gipfelpunkte befindet. Und doch kann das herrschende System nicht auf seinen Lorbeeren ruhen und sich keinem beschaulichen Stillleben überlassen, denn trotz alledem ist sein Resonanz unvollendet geblieben. Die Waffen der Revolution sind zwar gezogen, den freiheitlichen Geist aber hat man nicht ersticken können. Die Revolution muß mit der Wurzel ausgerottet werden, wenn die Reaktion die Früchte ihrer Anstrengungen ungehindert genießen will. Sie kennt den Todeskeim im Herzen ihrer Schöpfung, und der Hochverrathsprozeß in Leipzig ist der erste wohl berechnete Streich, den sie zur Vernichtung des Freiheitsgedankens führt. Um die Illusionen des Volkes nicht zu zerstören, hält man sich in den Tugendmantel des Gesellschaftsretters, gegen die Sozialdemokraten, welche im bürgerlichen Leben als vogelfrei gelten, war ja Alles erlaubt. Ihre Unterdrückung konnte das Ansehen der leitenden Politik nur heben und ihr den vollen Beifall des modernen Liberalismus eintragen. Das braunschweiger Vorspiel mißlang; es fanden sich Richter, welche es mit Entrüstung von sich wiesen, aber „Ideen“ zu richten. Das braunschweiger Erkenntniß hebt ausdrücklich

hervor, es sei unzweifelhaft, daß sich die Angeklagten mit revolutionären Ideen beschäftigt haben. Zur Anklage wegen Hochverraths gehörten aber Thatfachen. Die „Ideen“ unschuldig zu machen, sei Sache des Gesetzgebers, nicht die des Richters. Das Leipziger Schwurgericht ist gefügiger gewesen und hat die „Idee“ verurtheilt.

„Die Reaktion hat einen Sieg erkämpft und andere werden sich ihm anreihen, nicht allein gegen die Sozialdemokratie, sondern auch gegen jede freiheitliche Regung, welche die Existenz des heutigen absoluten Baues gefährden könnte. Ob es indeß gelingen wird, den Geist der Entwicklung dauernd zu fesseln, das goldene Zeitalter der Reaktion zu begründen? Wir bezweifeln es, die Experimente, welche man anstellt, beweisen uns nur, daß der Koloss auf thöneren Füßen steht. Er wird zusammenbrechen, wenn der Volksgeist erwacht.“

Das nationalliberale „Augsburger Anzeigebblatt“ schreibt unterm 27. März Folgendes:

„Leipzig. Der Hochverrathsprozeß nimmt einen immer lahmern Verlauf. Die Angeklagten fangen an, bereits fast übermüthig zu werden und zu versuchen, den Gerichtspräsidenten in die Enge zu treiben. Die öffentliche Meinung kommt mehr und mehr zu der Ansicht, daß der ganze Hochverrathsprozeß, wenn man keine stärkeren Belastungsstücke zur Verfügung hatte, ein politischer Fehler ist. Bis jetzt ist der Prozeß nur zum Vortheil der Angeklagten insoweit ausgefallen, als sie die schönste Gelegenheit haben, ihre phantastischen Anschauungen über Völkereglückung und Hoffnungen auf Lösung der sozialen Frage und wohl auch auf etwas Republik in der dritten Generation öffentlich auszukramen. Dabei werden die von ihnen veröffentlichten und Material der Anklage bildenden Flugchriften erst recht mit Erfolg kolportirt und sogar an den Pforten des Gerichtsgebäudes verkauft. Gestern wohnte der sächsische Justizminister Abeken den Verhandlungen bei und konnte selbst sich überzeugen, wie das Beweismaterial durch seine Fülle und Beilichichtigkeit seine innere Unbedeutendheit nicht ersetzen kann. Würde doch sogar eine Reihe von Gedichten Freiligraths und Herweghs aus den Jahren 1847 und 1848 vorgelesen, die der „Volksstaat“ vor zwei Jahren abgedruckt hatte. Auf einen Angriff des Präsidenten gegen die Revolution von 1848 war Liebknecht so tod zu sagen, ohne jene Revolution wäre es wohl nicht dahin gekommen, daß der hohe Schwurgerichtshof heute beisammensäße, um in einem politischen Prozesse Urtheil zu sprechen.“

Der Stuttgarter „Beobachter“, Organ der auf sozialem Gebiet uns entschieden feindlichen Schwäbischen Volkspartei, schreibt in Nr. 73:

„Die uns soeben zugehende telegraphische Meldung von dem Ausgange des Leipziger Hochverrathsprozesses ist selbst, wenn man die Beschaffenheit dieses Schwurgerichts ins Auge faßt, geradezu unerhört, und doppelt beklagenswerth, weil dies Exempel geeignet ist, das Ansehen der Jury im Volke zu diskreditiren oder, wenn dies nicht der Fall sein sollte, noch etwas weit Schlimmeres zu konstatiren: das Sinken des Rechtsbewußtseins im Volke! Wer dem Gange der Verhandlungen aufmerksam gefolgt ist, wird den Eindruck empfangen haben, daß die Anklage auf den schwächsten Füßen stand, daß man die Blamage, sie aufrecht zu halten, nur darum nicht scheute, weil man die Blamage, sie fallen zu lassen, nicht auf sich nehmen mochte, daß hier, wie in der Affaire Westermelle und Rozmian, ein sichtbares Nichts vorlag. Der famose Präsident des Gerichtshofes ist während der ganzen Verhandlung rechtchaffen bemüht gewesen, auch dem blödesten Auge — sollte man meinen — die Bedeutung eines politischen Tendenzprozesses klar zu machen. Der Wahrspruch der Geschworenen thut das Seine, um zu zeigen, was es heißt, wenn eine politische oder soziale Partei über die andere zu Gerichte sitzt. Schlimmer als der militärische Justizmord, woran uns die Versäiler Kriegsgerichte gewöhnt haben, ist die Tendenzjustiz, wozu sich ein bürgerlicher Gerichtshof hergibt, dessen Weisiger aus dem Volke selbst hervorgegangen sind.“

So der „Beobachter“. Irrig ist seine Annahme, die Geschworenen seien „aus dem Volke hervorgegangen.“ Sie gehörten der Klasse der Höchstbesteuerten an. Die Bourgeoisie saß zu Gericht über die Sozialdemokratie.

In Nr. 82 der „Wiener Tagespresse“ schreibt G. F. Kolb (vor Bekanntwerden des Ausgangs):

„Da vorhin von der Justiz die Rede war, so führt mich dies auf den Bebel-Liebknecht'schen Hochverrathsprozeß, der sich langsam zu Leipzig abspielt. Ist es auch sehr schwierig, aus der Ferne den äußeren Gang eines solchen Prozesses zu beurtheilen, so muß doch nach den vorliegenden und zur Zeit wenigstens nicht bestrittenen Zeitungsberichten Eines stark auffallen, nämlich das Verhalten des Gerichtspräsidenten. Den bezeichneten Mittheilungen nach hat es das Ansehen, als hätte der Gerichtspräsident die Funktion des Staatsanwalts übernommen. Ist Dies seine richtige Stellung? Das jetzige Gerichtsverfahren in Deutschland ist, wie so vieles Andere, nur eine Nachbildung der in Frankreich eingeführten Prozedurweise. In Frankreich entstände wohl ein starker Aufschrei, wenn ein Affisen-Präsident so aufträte, wie es in Leipzig geschehen zu sein scheint (geschehen ist. Red. d. B.) Es wäre damit wohl ein schwer zu beseitigender Kassationsgrund gegeben, wenn eine Beurtheilung erfolgen sollte, denn Manches, was die Zeitungen berichten, übersteigt doch weit die diskretionäre Gewalt, welche dem Leiter eines Schwurgerichts eingeräumt werden soll. — Im Uebrigen kann man sich wohl kaum der Wahrnehmung verschließen, daß die Angeklagten an Urtheilsschärfe und dialektischer Schlagfertigkeit jenem Präsidenten sehr merklich überlegen sind.“ (Fortf. folgt.)

## Erklärung.

Ich bin vom Schwurgericht freigesprochen worden, ob schon ich mich wiederholt offen als Republikaner und Sozialdemokrat bekannt habe.

Ich bin freigesprochen worden, ob schon ich in meinem zur Verlesung gebrachten Briefe die republikanische Propaganda als nothwendig hingestellt habe.

Ich bin freigesprochen worden, ob schon ich die Verbreitung von Flugchriften (zum Beispiel des angeblich aufreizenden Herweghschen Arbeiterliedes „Bei und arbeit“) be-

\*) Der „Neue Sozialdemokrat“, der seine guten Gründe gehabt hatte, keinen Bericht der Prozeßverhandlungen zu bringen, theilt das Resultat unter „Bemerktes“ wie folgt mit:

„Der Leipziger Prozeß gegen die Herren Liebknecht, Bebel und Hoppner hat nach langwieriger Verhandlung einen für uns unerwarteten Ausgang genommen, indem die Herren Bebel und Liebknecht jeder zu zwei Jahren Festungshaft verurtheilt wurden, wovon jedoch 2 Monate wegen der Haft im Winter 1870-71 abgezogen werden; Hoppner wurde freigesprochen. Da die Verteidiger einen Antrag auf Kassation des Urtheils gestellt haben, so ist es übrigens leicht möglich und wünschenswerth, (ei!) daß ebenso wie im Prozeß gegen Bracke und Genossen das Urtheil vernichtet wird. Uns scheinen übrigens bei dem Prozeß viele bis jetzt noch verschleierte Verhältnisse im Spiele zu sein.“

Die „verschleierte Verhältnisse“ sind wohl die in den Zeitungsberichten sich vorfindenden Hindeutungen auf den königl. preussischen Sozialismus, die allerdings mitunter der nöthigen Klarheit entbehren. Dem Mangel kann und wird aber in dem demnächst erscheinenden authentischen Bericht abgeholfen werden. Am d. Red.

kannt und erklärt habe, den „Borbote“ auch in Zukunft zum Abonnement empfehlen zu wollen.

Ich bin freigesprochen worden, obschon ich die Befreiung der bestehenden Verfassung als meinen Wunsch bekannt habe.

Ich bin freigesprochen worden, obschon ich die Agitation unter der Landbevölkerung als berechtigt erklärt habe.

Ich bin freigesprochen worden, obschon ich meine Mitgliedschaft bei der Internationalen bekannt habe.

Ich bin endlich freigesprochen worden, obschon ich mich durchweg zu den An- und Absichten der Hauptangellagten Liebknecht und Bebel bekannt habe.

Der Unterschied zwischen den Letzteren und mir besteht bloß darin, daß ihre agitatorische Thätigkeit eine vielsährige, die meinige bislang nur eine kurze war; daß ihr Name den Haß der gesammten deutschen Bourgeoisie wachruft, der meinige kaum einigen Duzenden von Gegnern bisher bekannt war.

Ich bin also freigesprochen worden, weil ich weder Liebknecht noch Bebel heiße.

Leipzig, 28. März 1872.

Adolf Hepner.

### Preussische Polizeigentur in London.

Am 23. März erhielt Liebknecht einen mit dem Poststempel „London“ versehenen unfrankirten Brief, welcher die Adresse trug:

„Herren Liebknecht und Bebel in Berlin“  
und dessen Inhalt lautete:

London, 20. März 1872.

„Herren Liebknecht und Bebel in Leipzig.“

Ich gratulire Sie (!) meine Herren, es ist zwar ein Unglück, daß Sie arretirt sind, aber die gute Sache der Freiheit geht an. Fahren Sie mit Ihrem guten Werke fort und noch werden die S. . . . . Wilhelm, König und Kaiser, sowie Bismarck fallen, und dann allein wird Deutschland frei werden. Eine deutsche Republik müssen wir haben. Preußen darf nicht länger die Deutschen zu Sklaven machen. In allen Ländern wird die Sklaverei abgeschafft, nur Preußen allein behält sie bei.

Ihr Freund

v. Hoffmann.

„Ich hoffe Sie empfangen diese Zeilen. Vielleicht wird der Brief von preussischen Spionen eröffnet werden. Dies Alles kann und wird in Preußen gethan, was in andern Ländern nicht geschieht.“

Der pseudonyme Schreiber „von Hoffmann“ ist derselbe „Freund“ — das bewies uns die Handschrift — der im vorigen Jahr (gelegentlich des Truppeneinzugs in Berlin) an die Adressaten des Obigen den samosen (seiner Zeit im „Volkstaat“ veröffentlichten) Brief richtete, worin er anfragte, ob nun Alles vorbereitet sei, um den Kaiser Wilhelm bei jener Festlichkeit zu ermorden. Daß das vorstehende Schreiben mehr als ein schlechter Witz ist, geht daraus hervor, daß der Verfasser, welcher im Briefe selbst auf den in Leipzig sich abspielenden Prozeß Bezug nimmt und die innere Aufschrift ganz richtig mit „Leipzig“ versehen, das Couvert nach „Berlin“ adressirt hat. — Es ist auch das Original dieses Briefes der Leipziger Staatsanwaltschaft zur Aufbewahrung übergeben worden.

### Die „Gartenlaube“ über die Franzosen.

„Der Franzose mit seinem lebhaften Geselligkeitsstrieb schließt sich vor dem Fremden nicht ab, sondern öffnet ihm gern sein Haus. Er hat eine nicht genug zu lobende Nachsicht gegen fremde Sitte und läßt jedem Ausländer seine Eigenart. Nirgendwo fühlt sich dieser leichter heimisch, als in Paris. Er wird Pariser, ohne es zu merken. Keine Stadt der Welt hat eine solche Assimilationskraft, wie die Hauptstadt Frankreichs. Was nun die Deutschen im Besonderen anlangt, so werden sie in allen Kreisen gern gesehen. Tausende unserer Landsleute haben in Paris einen Hausstand gegründet und sich mit Französinen verheiratet, und wenn sie nun auch ihr deutsches Wesen nicht aufgeben, so erwidern sie doch die Sympathien, die sie in Frankreich gefunden, und hegen keinen heißeren Wunsch, als Deutschland und Frankreich, diese zwei großen Kulturstaaten des Continents, in Frieden und Eintracht zu sehen. Diesen Wunsch theilt auch mit ihnen das französische Volk. Ein blutiger Conflict zwischen den zwei Nationen wäre der Ruin Europa's. Niemand fühlt dies lebhafter, als der in Frankreich lebende Deutsche. Wenn je eine Allianz vernünftig und naturgemäß war, so ist es die Allianz zwischen Frankreich und Deutschland. Beide Länder sind wie geschaffen, sich gegenseitig zu ergänzen, durch ein inniges Bündniß zu stärken und die Freiheit und den Fortschritt in unserem Welttheil zu verbreiten und zu sichern. Der gesunde Menschenverstand sieht dies leicht ein und möchte lieber die Spinnweben in den Arsenalen, als in den Werkstätten sehen. Leider werden aber die Lenker der Nationen nicht immer von diesen Anschauungen geleitet. Daher die beständige Furcht, es könnten die Hinterlader und die gezogenen Kanonen am Ende doch die Stimmen der Vernunft überdönen. In welche Lage würden die in Frankreich lebenden Deutschen gerathen durch den Ausbruch eines deutsch-französischen Krieges! Nur wenige unserer Landsleute würden Frankreich verlassen können, und die Zurückbleibenden würden sich, wie auch die Kriegsmärkel fallen mögen, in einem beklagenswerthen Zustande befinden. Die Siege Frankreichs würden ihren Patriotismus verwunden, die Siege Deutschlands ihren Aufenthalt in Frankreich verbittern. Wer eine unabhängige Feder führt, sollte daher alles aufbieten, was zur Verständigung der zwei großen Nationen beitragen vermag.“

So human ist die Gesinnung, so vernünftig das Urtheil, so verständlich die Sprache der „Gartenlaube“ — vom Jahre 1869 Nr. 18. S. 282.

### Aus Amerika.

New-York, 10. März 1872.

In der dritten Woche des Februar fand die Konvention\*) der sogenannten Nationalen Arbeiter-Reformpartei statt in Columbus, Ohio. Es ist in früheren Mittheilungen im „Volkstaat“ öfters nachgewiesen worden, daß diese Vereinigung

die rein kleinstädtische, oder eigentlich kleinstädterliche, Partei dieses Landes ist. Das Kleinbürgerthum und Kleinbäuerthum wehrt sich hier wie überall verzweifelt gegen das Aufgehen im Proletariat, wiewohl vergebens, und macht kolossale Anstrengungen, seine eignen Existenzbedingungen als dauernde, muster-gültige Einrichtungen aufzustellen und zu erhalten. Die genannte Konvention nahm langathmige Beschlüsse als Programm an, durchaus übereinstimmend mit denjenigen der sogenannten Nationalen Arbeiter-Union, von der früher berichtet, worin sich Alles um die Papiergeld- und Zinsen-Frage dreht. Diese Leute wollen nämlich alle Schäden der Gesellschaft heilen und die Arbeiterfrage lösen mit der unbefruchteten Ausgabe von Papiergeldmassen und zwangsmäßiger Herabsetzung des Zinsfußes, stecken also in den Kinderschuhen ökonomischer Weisheit. — Sie stellten Kandidaten für die Aemter des Präsidenten und Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten auf, einen Republikaner und einen Demokraten, deren Keiner jemals ihrem Verband angehört oder angehört wird, und nun kann der Stimmenscharakter beginnen; denn darauf läuft zu guter Letzt die ganze Geschichte hinaus. — Die Forderung des „Referendums“ wurde mit großer Mehrheit abgelehnt und eine hitzige Debatte geführt über die Zulassung des Delegirten einer „amerikanischen“ internationalen Sektion von Philadelphia. Sie gingen darum herum wie die Kage um den heißen Brei und beschloßen, den Delegirten als einen Abgeordneten von Pennsylvania zuzulassen, aber nicht als Delegirten einer internationalen Sektion. Der Delegirte ließ sich das gefallen.

Ist schon Nichts an den Prinzipien und dem Programm dieser sogenannten Arbeiter-Reformpartei, so noch viel weniger an der Organisation und hinter den Meisten der Beamten, Delegirten, Wortführer u. dergleichen steht auch nicht ein Mann. Im Staat New-York besteht ein Exekutivkomité, ernannt vom Präsidenten (der in Michigan wohnt), aber keine Parteiorganisation. Es macht Nichts! Das Exekutivkomité tritt eines schönen Abends zusammen und wählt Delegirte zu der Konvention, natürlich seine eigenen Mitglieder, und wenn diese nicht ausreichen, noch ein Paar andere zum gegenseitigen Bewunderungskreis Gehörige. — Die sogenannte Exekutive des Staates Illinois, ernannt wie oben, erläßt einen Aufruf zu einer „Volk“-Reformkonvention auf Grund des Programms der Arbeiter-Reformpartei, und sagt darin ausdrücklich: „Es ist nicht nöthig, daß Ihr, Abgeordnete, gesandt werdet. Nein! kommt nur, Ihr selbstgewählten, selbsteingesetzten (self-constituted) Deputirten.“ Genug! —

Der Deutsche ist doch unverwundlich im Unterthanenthum und der Polizeischneiselei. Man höre folgendes Stückchen: Am 2. Sonntage des Februar hielt eine deutsche internationale Sektion (Nr. 11) von New-York in der 36. Straße eine öffentliche Versammlung ab, worin Vorträge über die Kommune und allgemeine Arbeiterangelegenheiten gehalten wurden, und es war ihnen gelungen, von einem Birch das Vereinslokal des „Deutschen Fortbildungsvereins“ dazu zu erlangen. Entgegen bemächtigte sich der Ehrbaren, Schreden fuhr ihnen in die Glieder und die Knie schlotterten den Philistern ob dieser Entweihung. Was thaten sie? Drei Mann hoch, jezt und jezt, pflanzte sich ein Berichterstattungskomité in den Saal und — um auf alle Fälle vorbereitet und gewappnet zu sein gegen die Uebelthäter — nahm es in seine Dienste und Mitte einen **Geheimpolizisten!** Wie wird der Stieber sich freuen!

Die Expedition des „Volkstaat“ wird hiermit erucht, Herrn Stieber diese Nummer des „Volkstaat“ zuzusenden, damit er seine Pappenheimer kennen lerne. —

Es hat sich kürzlich eine skandinavische Sektion der Internationalen Arbeiter-Assoziation in Newyork gebildet, sowie eine zweite skandinavische in Chicago.

Sektion I Newyork (früher Allgemeiner Deutscher Arbeiter-Verein) wird am 17. März die „Kommune“ feiern. Zur Theilnahme sind eingeladen alle im provisorischen Föderal-Rath vertretenen Newyorker Sektion, sowie die deutsche Sektionen 6 und 13, und die französische Sektion Nr. 10. —

Amand Goegg von Genf ist kürzlich hier angekommen, um eine Rundreise durch das Land zur Abhaltung von Vorträgen anzutreten. Ein Bericht über seinen ersten Vortrag in Newyork ist diesem Briefe angefügt für die Redaktion des „Volkstaat“.

Die Achtstundensfrage ist verschiedentlich in den Gesetzgebungen zur Sprache gekommen. Als das Achtstundengesetz in Kraft getreten war, umgingen die Vereinigten-Staaten-Beamten lange Zeit das Gesetz durch eine eigentümliche Auslegung, indem sie allerdings nur 8 Stunden Arbeit verlangten, aber dafür nur  $\frac{1}{4}$  der Fünftel des gebräuchlichen Arbeitslohns zahlten. Eine viele Monate währende Bewegung der Arbeiterorganisationen führte endlich zu einer Entscheidung des Präsidenten, daß 8 Stunden Arbeit in den Regierungswerkstätten einen Arbeitstag darstellten, folglich auch zu der Bezahlung für einen Arbeitstag berechtigten. Danach hatten sich nun die Behörden zu richten, verweigerten aber die Zahlung des bis dahin eingehaltenen einen Fünftels des Arbeitslohns. Der Vorsitzer des Ausschusses für Bewilligungen im Kongreß beantragte nun die Bewilligung von 450,000 Dollars, um diesen Ausfall zu decken und die gerechten Forderungen der Arbeiter zu decken. Nach einer ziemlich erregten Debatte wurde diese Forderung mit großer Mehrheit verworfen.

In der Gesetzgebung des Staates Newyork wurde die Untersuchung gegen die der Uebertretung des 8-Stunden-Gesetzes u. angeklagten Beamten niedergeschlagen und der Minderheitsbericht, welcher Tadel der Beamten und Beachtung des Gesetzes verlangte, mit 34 gegen 38 Stimmen verworfen.

Das Schicksal nach „Reform“ hat noch immer fort und es werden überall Untersuchungen angeordnet — bei den Richtern, den städtischen Behörden, in der Zollhausverwaltung, bei den Einwandlungsbehörden u. s. f. — welche den gemeinsten Betrug und Schwindel in allen Zweigen des öffentlichen Lebens zu Tage fördern.

Das Resultat, die Folge dieser Untersuchungen und Entdeckungen ist von zweierlei Art: 1) Drängen sich die „Reform“-Schreier in alle Aemter, denn von einer Aenderung des Systems ist keine Rede; und 2) wird den Arbeitern ihr Lohn verkleinert und vorenthalten. — So zahlte z. B. der Stadtschatmeister letzte Woche den Beamten ihren Gehalt für Februar dieses Jahres, einer großen Zahl von Arbeitern aber ihren Lohn für Oktober und November letzten Jahres aus. Die Arbeiter

werden auch daran wieder erkennen, was das Wort „Reform“ im Munde der Bourgeois aller Schattirungen bedeutet. —

Im Senat der Vereinigten Staaten hat einer wochenlange Debatte statt gefunden über den Waffenschacher, welchen die hiesige Regierung und ihre Beamten während des preussisch-französischen Krieges betrieben haben; Sumner und Schurz wiesen schlagend nach, welche schreiende Verletzung der Neutralität sich dabei die Regierung hat zu Schulden kommen lassen.

Dem Briefe eines Parteigenossen aus Kopenhagen, d. d. 22. März entnehmen wir Folgendes:

„Ich bin eben in Hamburg gewesen; unser Blatt — der „Sozialisten“ — mußte das letzte mal da gedruckt werden, weil die Buchdruckereibesitzer wieder Strife gemacht haben gegen uns. — Gottlob, jezt brauchen wir sie nicht mehr, denn vom ersten April ab haben wir eine selbstständige Druckerei. —

„Wir folgen Alle mit größtem Interesse der Entwicklung Ihres Prozesses; wir glauben aber fest, daß Sie nicht verurtheilt werden können; widrigenfalls müssen wir alle dasselbe Schicksal erleiden, denn wer von uns wünscht nicht eine Veränderung der bestehenden Verhältnisse? Die Dummheit unserer Gegner ist pyramidal; sie glauben den freien Gedanken ersticken zu können, dadurch, daß sie das Wort und die That verhindern. Da waren doch die Bluthunde in Versailles klüger, sie wußten, daß der freie Gedanke nur mit dem Leben und verliert und sie schlachteten unsere französischen Brüder. —

Wo hin wir gekommen sind. Berliner Correspondenten entwerfen folgendes charakteristische Kulturbild:

Berlin, 24. März. Gestern in der Mittagsstunde zwischen 11 und 12 Uhr fand auf dem Königsplatz hier ein eigentümlicher Kampf zwischen der evangelischen und der katholischen Schuljugend Berlins statt. — Als wir zufällig den Platz passirten und die viele Hundert zählenden Vertreter unserer Schuljugend in zwei kampfmüthige Heere getheilt sahen, glaubten wir den Beginn eines Volksfestes vor uns zu haben. Bald wurden wir eines Anderen belehrt, wir sahen, wie die jungen Kampfhähne mit tönischer Erbitterung gegen einander loskürten. Eine kleine Schaar der jugendlichen Nachkommen Jacobs stand abwärts und sah mit Wohlgefallen dem Kampfe außer Schußweite zu. Auf unsere Frage an die kleine neutrale Partei: was da los sei? antwortete uns ein schwarzgekleideter Knabe: „Die Katholiken hauen sich mit den Christen!“ — Und in demselben Augenblick sahen wir den einen Theil der Kämpfenden mit dem Rufe: „Hurrah Bismarck!“ auf die Gegenpartei eindringen und dieselbe in die Flucht schlagen! „Das sind die Christen, die da siegen!“ meinte der kleine Israelit und stieß dabei in die Hände: „Sie werden die Majunkten schon zu Baaren treiben!“ — Welchen Ausgang der Kampf genommen, können wir nicht berichten, da wir ihn nicht abwarten konnten, doch hoffen wir, daß es durchaus zu keinen Verwundungen gekommen.“

Wie die Alten jungen, so zwitschern die Jungen. Wenn unsere „Staatsmänner“ und Volksovertreter sich um die Religion zanken, kann man es der lieben Schuljugend nicht verargen, wenn sie sich um die Religion prügelt. Und da diese Jugend allmählich heranwächst, bringen wir es vielleicht auch noch zu einer zweiten Auflage des dreißigjährigen Krieges. Nur immer „genial“!

London, 26. März. (Versailler Humanität!)

Ein Flüchtling der Pariser Commune gibt in der „Times“ von seiner neunmonat. Gefangenschaft eine Schilderung, deren wesentlichen Inhalt wir wiedergeben: „Nach meiner Verhaftung in den letzten Tagen des Mai 1870 wurde ich nach Versailles gebracht und schlief vier Nächte zusammen mit 20,000 Männern, Weibern und Kindern in der Ebene von Satory. Am 27. und 29. goß der Regen in Strömen, wir waren bis auf die Haut durchnäßt, dursteten uns aber, bei Strafe sofortiger Hinrichtung, nicht rühren. Auf einen Mann, der sich vor Schmerz erhob, wurde geschossen; die Kugel traf aber nicht ihn, sondern einen bekannten Maler. Am 29. wurden wir unserer 600 in Viehtransportwagen gesteckt, und nie wurde ich die Todesqual der 24 Stunden vergessen, die wir ohne Essen und Trinken zubrachten, bis wir schließlich Orient erreichten. Mehrere Frauen waren bei unserer Ankunft daselbst im Sterben. Gefesselt wurden wir durch die Stadt an Bord der „Prudence“ gebracht, und am 1. Juni nahm uns der Gefängnißponton „La Vengeance“ (die Rache!) auf, in welchem ich nicht weniger als neun Monate zubringen sollte. Unsere Wächter behandelten uns ohne jede Veranlassung äußerst brutal, und eine alte jaden-scheine Decke mit massenhaftem Ungeziefer war alles, was wir von Bettzeug erhielten. Ich war glücklicher als meine Kameraden, da ich in einer Batterie untergebracht wurde, wo das Licht durch die Stülpforten eindringen konnte, während Viele, die nichts Schlimmeres gethan hatten als ich, ins unendliche Verderb geworfen wurden, und ich glaube nicht, daß viele dieser unglücklichen Geschöpfe auch nur ein einziges Mal in den neun Monaten den Himmel gesehen haben. Die Gefangenen befanden sich gleichsam unter Wasser in einem Käfig, denn dichtes Gitterwerk umschloß jede der vier Abtheilungen. Bei diesem elenden Leben und der schlechten Nahrung wurde unsere Zahl täglich kleiner, nicht durch Freilassungen, sondern durch den Tod. Gegen Ende Januar war ich dem Tode nahe, als ich eines willkommeneren Nachmittags auf's Deck gerufen wurde. So schnell mein Scorbut mir erlaubte, schleppte ich mich an Deck, wo mir ohne jede Erklärung meine Decke und mein Löffel abverlangt wurden. Noch immer über mein Schicksal im Ungewissen, wurde ich nach Orient eingeschifft, dort mit einer Anzahl Anderer vor die Präfectur gebracht, wo wir einen Paß nach Boulogne und 4 Franken Fehrgeld für den ganzen Weg erhielten. Ueber Paris kamen wir in zwei Tagen halb todt vor Hunger, nach Boulogne. Der Polizeikommissar nahm mir meinen Paß ab und spedirte mich auf einen Dampfer, der im Bezirke war, nach Folkestone in See zu gehen. England erreichte ich in einem bedauerenswerthen Aufzuge, geschwächt durch Krankheit, ohne einen Heller Geld und ohne einen einzigen Freund. Zu Fuß marschirte ich nach London, und nur das Mitleid gutherziger Leute, die mir hier und da ein Stück Brod reicheten, rettete mich vor dem Hungertode.“

Kassel, 25. März. Dem social-demokratischen Arbeiterverein ist zur Versammlung seiner Mitglieder schon einmal die Benutzung des Stadtbauhauses unentgeltlich gestattet worden. Die königl. Regierung ist der Meinung, daß darin eine Unterstützung der destructiven Tendenzen, welcher dieser Verein verfolge, erblickt werden könne und findet es deshalb ungeeignet, daß die städtische Behörde zu solchen Versammlungen den Stadtbauhaus zur Verfügung stelle. Diese Eröffnung, welche in der letzten Stadtratssitzung mittheilung wurde, „ließ man sich“ — wie es in dem Berichte der „Heftigen Morgen-Zeitung“ heißt — „zur Nachricht dienen.“ (S. 3.)

\*) Zusammenkunft, Kongreß.

# Die Vertheidigung von Paris

von Blanqui.

(Fortsetzung.)

13. September 1870.

4.

Man fährt hartnäckig fort, das Publikum durch Aufschneidereien und Thorheiten zu täuschen. Im Namen des gesunden Menschenverstandes und der ernsthaften Vertheidigung werden wir nicht müde werden, die Wahrheit aufzubeden; dem Vorwurf des Marnschreibers, welcher das Hauptargument des Optimismus ist, halten wir den des Einschläferers entgegen.

Wir alarmiren nicht, um zu entmuthigen, sondern ganz im Gegentheil, um unheilvolle Illusionen zu zerstören. Eine Gefahr, welche unversehens in voller Sicherheit hereinbricht, ist beinahe immer eine tödtliche Gefahr. Nichts ist so gefährlich, wie der Einschläferer. Dies war das bonapartistische System. Man weiß, wohin es uns geführt hat.

Dasselbe System, trotz seiner Niederlagen, wiederholt ohne Unterlaß den Angriff und ergreift von Neuem die Offensive. Es stützt sich auf die Furcht, die immer so glücklich ist, sich täuschen zu lassen und verwandelt die Zitternden in Strauße.

Man begreift nicht die Summe von Kündereien und Prahlereien, welche sich aufstaut, um der Schwachheit den Hof zu machen. Es ist eines der häßlichsten Symptome des Verfalls. Man strengt sich an, uns zu Griechen zu machen, wie sie bei der Belagerung von Constantinopel waren.

Man liest in einer einflussreichen „Revue“:

„Außerhalb der Linie der Forts aufgestellt, könnten die preussischen Batterien die Stadt nicht erreichen. Wenn sie bis an die Enceinte gerückt wären, würden sie ihre Geschosse kaum über die alte Oltromauer herein werfen. Das ganze alte Paris wird also ein sicheres Obdach für die Pariser Bevölkerung sein.“

Die Wahrheit aber ist: Außerhalb der Linie der Südforts aufgestellte preussische Batterien würden die Arrondissement (Bezirke) 13, 14 und 15 bombardiren. Ueber die Westforts Aubervilliers und Romainville hinweg würden die Kugeln einen großen Theil der Bezirke 18 und 19 erreichen.

Zweifelsohne, man könnte auch auf diese Batterien schießen. Aber die Batterien sind bombenfest und bieten eine nur kleine Oberfläche, während man auf eine Stadt schießt, ohne zu zielen und jeder Schuß trifft.

Es ist also ein sehr schlechter Einwand, zu sagen: „Der Feind kann uns nicht von diesem oder jenem Punkte aus bombardiren, weil er sich unter dem Feuer der Forts befindet.“ Man könnte ebenso gut sagen: „Der Feind wird keine Flintenschüsse auf uns abfeuern können, weil ihn die unstrigen treffen würden.“

Im letzteren Fall ist die Gefahr für beide Theile gleich groß. Sie ist es nicht bei einem Bombardement.

Die Geschosse fallen alle in eine belagerte Stadt, aber nur sehr wenig fallen gerade auf den Platz der belagernden Batterien.

Aber was zu dieser ungläublichen Behauptung sagen: „Das ganze alte Paris wäre ein sicheres Obdach für die Bevölkerung gegen die Bomben, welche vom ganzen Umfang der Enceinte aus geworfen werden!“

Wenn man die Batterien auf dem Umkreis der Befestigungen postirt annimmt, so würde der zwischen der Seine liegende Stadttheil, das große Boulevard, die Straßen Gailion und Saint Roch und die Straße du Temple Bomben aus allen Batterien erhalten. Der Rest von Paris würde nur von drei Vierteln erreicht werden. Das genügt.

Wenn diese Aussicht vor Jedermanns Augen stünde, so würde Paris nicht von 100,000 Weibern überschwenmt sein, welche aus dem Innern der Provinzen gekommen sind, um in diesen uneinnehmbaren Befestigungen einen Zufluchtsort zu finden; denn die Legende vom uneinnehmbaren Paris ist jetzt überall eingewurzelt.

Die armen Weiber, welche in Sicherheit waren in den Gegenden, wo der Feind niemals hindringen wird, weil sie von seinem Wege abliegen, werden von wahnsinniger Panik ergriffen, und kommen wie der Schmetterling, um in der Kerze zu verbrennen.

Das wird ein schönes Geschrei sein, wenn die Kanonen krachen! Und wenn unglücklicher Weise irgend eine Bombe in die Vorstädte niederfällt, welcher Schrecken, welche Verzweiflung unter diesen unglücklichen Geschöpfen! Sie werden jort, fliehen wollen, sie werden in ihre kleine Stadt zurück verlangen, sie werden fürchterlich toben. Und all das, weil man ihnen in den Kopf gesetzt hat, Paris erfreue sich der Eigenschaften des Salamanders.

Gewiß müßte sich die Vertheidigung den Zweck vorsetzen, den Bomben die Erreichung der Stadt unmöglich zu machen. Es ist ein wenig spät heute, um diese Gewißheit zu erringen. Mit Ernst und Thätigkeit läßt es sich aber doch erreichen.

Der Kampf muß weit vor die Stadt hinaus verlegt werden, um die Preußen in gemessener Entfernung zu halten. Viel Menschen, viel Artillerie und die angestrengteste Arbeit, um Laufgräben zu ziehen, das sind die Mittel des Erfolgs.

Die Höhen von Sèvres und von Meudon werden wahrscheinlich den Schlüssel der Belagerung bilden. Der Feind wird in diesen ungeheuren Wäldern in Sicherheit, und seine Bewegungen werden unseren Augen verhallt sein. Er findet dort die Bedingungen des Kampfes, welche er sucht: Dunkelheit, Versteck und Scheinmuth.

Wenn wir eine große Armee hätten, so müßten sich beträchtliche Truppenmassen in diesen Wäldern festsetzen, welche von den beiden Eisenbahnen nach Versailles durchschnitten werden, und welche den leicht verwundbaren südwestlichen Punkt von Paris decken.

Man hat soeben, sagt ein Journal, in Sèvres gegenüber der Porzellanfabrik eine herrliche Position entdeckt, welche die Seine und das Terrain von Paris beherrscht. Nie fand sich das militärische Genie bemüht, diesen Kapitalpunkt zu besetzen, von wo und die Preußen nach Belieben bombardiren werden, wenn man sie's thun läßt.“

Das weiße Journal wendet sich überdies in einem verzweifelten Ausruf an alle Gutgesinnte: „3000 Mann, schreit es, 3000 Mann zur Rettung von Paris!“

Das ist wenig, in der That. Wenn die Regierung endlich, obgleich ein wenig spät, einsieht, daß der Erfolg der Vertheidigung in diesen äußeren Arbeiten liegt, bestimmt, den Feind fern zu halten, so spreche sie es laut und vernehmlich aus! Sie rufe durch Anschläge die Arme der Pariser auf, die Hacken und die Spaten.

Hat man nicht die Mobilien, diese kräftigen Leute, welche in den Erdarbeiten ihre gewohnte Beschäftigung wiederfinden und die Arbeit rasch verrichten würden? Ueberall sind diese Erdwerke weit hinaus zunächst nothwendig. Im Süden und Westen sind sie absolut unentbehrlich.

Sie würden auch zwischen der Seine und der Marne auf der Höhe von Creteil sehr nützlich sein, um das Fort von Charenton gegen ein Bombardement zu schützen.

Kurz, eine Armee von 4 bis 500,000 Mann muß den Preußen eine fortbauende Schlacht liefern, eine Meile weit vor der Linie der Forts. Paris wird die Kanonen hören, aber es wird die Geschosse nicht sehen, und bald wird die sicher gestellte Bevölkerung noch viel glühender zum Kampf, noch viel mehr zum Opfer bereit sein.

Nur haben wir keine 500,000 Mann. Wenn man einem enthusiastischen Journal glauben müßte, so hätte man freilich zur Stunde schon viel mehr.

Sehen wir seine Rechnung: „Herr Corbon, der Maire des 15. Bezirks hat 15,000 Gewehre kommen lassen, eine Zahl, die genügt, um die ersten zur Stunde eingeschriebenen National-Garden zu bewaffnen; 50,000 neue Einschreibungen zwingen Herrn Corbon, noch 50,000 neue Gewehre zu finden.“

Also 65,000 National-Garden im 15. Bezirk. Es ist um so merkwürdiger, als dieser Bezirk nur 70,000 Seelen zählt. Die Weiber müssen ein sehr gefuchter Artikel sein in diesem Bezirk, wo sich nur 5000 finden von 1 bis 80 Jahren für 65,000 erwachsene Männer. Wenn ganz Paris auf diesen Füßen stünde, hätten sich die Preußen nur branferne zu halten.

Die Zeitungen wimmeln von solchen Lügen. Es ist schrecklich, so in den Wind hineinzufluchen in solch' kritischen Augenblick. Der größte Theil dieses albernem Zeugs hat keine unheilvollen Folgen, aber einige könnte man ihener bezahlen müssen; das Publikum nimmt Alles vertrauensvoll hin.

Hier folgt noch ein sehr bedeutsamer Irrthum, welcher aber hoffentlich keine schlimmen Folgen haben wird.

Bourges ist das große Arsenal der Artillerie; Kanonen und Munition sind dort aufgehäuft.

Nun, ein Journal sagt: „Geschützt von dem ungeheuren Gürtel der Loire ist Bourges gleichsam die zweite bewaffnete Hauptstadt Frankreichs. Seine strategische Lage schützt es vor den Angriffen des Feindes. Um nach Bourges zu kommen, müßte die preussische Armee Paris genommen haben und müßte dann riskiren, im Centrum von Frankreich die Armee aufzusuchen, welche sich dort gebildet hätte.“

Immer dieser Optimismus mit seiner rosenfarbigen Brille! Immer die Unbesiegbarkeit! Immer die angebliche Machtlosigkeit des Feindes! Man vergißt, daß keine französische Armee mehr im Felde steht und daß die Preußen allein die Herren sind. Wenn es ihnen beliebt, nach Bourges zu gehen, so werden sie nach Bourges gehen, ohne Paris genommen zu haben, selbst ohne sich um dasselbe zu kümmern.

Bis reguläre Truppen in achtungsgebietender Zahl sich ihnen entgegenstellen, können die Preußen durch Frankreich ziehen von Nord nach Süd, von Straßburg nach Bayonne, von Nizza bis Vrest mit 15,000 Pferden und 40 Stück leichter Artillerie.

Sie können die Arsenale aufheben und zerstören, die Pulver-, die Waffenfabriken, sobald sie nicht in einen festen Platz eingeschlossen sind. Saint-Etienne, Tulle, Chateaufort, Bourges sind offene Städte, und keine organisierte Streitkraft scheint im Stande, den Feind in seinen Unternehmungen auf allen diesen so wichtigen Punkten aufzuhalten.

In 10, in 14 Tagen vielleicht steht die Sache anders. Augenblicklich könnte allem Anschein nach nichts diesen verhängnisvollen Versuchen Widerstand leisten.

Es ist wohl möglich, daß der Feind während seines Marsches auf Paris rasch große Abtheilungen auf unsere Arsenale wirft und sie unvorderbringlich zu Trümmern macht.

Man muß hoffen, daß das Kriegsministerium nach Paris Befehle und andern Plätzen das Artilleriematerial, die Waffen, das Pulver bringen ließ, welche schutzlos in den offenen Plätzen liegen. (Fortsetzung folgt.)

## Allgemeiner deutscher Schneiderverein.

**Rürnberg**, den 26. März! Wir bringen hiermit allen Kollegen zur Kenntniß, daß unser Streik siegreich beendet ist. Alle Kollegen, welche für uns Gelder gesammelt und noch nicht abgeschickt haben, ersuchen wir dringend, dieselben nach Mainz und Leipzig zu dirigiren. Ueber die eingegangenen Unterstützungen werden wir im „Volkstaat“ Rechnung legen.

Mit sozial-demokratischem Gruß. J. Baumann.

**Selenau**. Am 2. März fand hier eine sehr stark besuchte Volksversammlung statt, in welcher Parteigenosse Uhle referirte: Er sprach zunächst von der geschichtlichen Entwicklung des heutigen vierten Standes, wies sodann die traurige Lage desselben statistisch nach und verbreitete sich über Mittel und Wege, welche zur Abhilfe führen. Herr Uhle hob das internationale Prinzip hervor, während die hiesigen sozialistischen Arbeiter zum Theil noch an dem nationalen Prinzip hingen. Trotzdem daß dieses Thema nur kurz behandelt werden konnte, trat die Mehrzahl der sozial-demokratischen Arbeiterpartei bei; die anderen werden in einer demnächstigen Versammlung noch zutreten, jedenfalls alle Die, welche sich überhaupt nicht durch Kurzsichtigkeit abhalten lassen, für ihre Interessen einzutreten. Sehr bedauerlich war, daß Herr Schletter von Thalheim trotz seiner bestimmten Zusicherung nicht erscheinen konnte.

Verzichten Dank den Chemnitzer Parteigenossen, die uns so freundlich unterstützten. Wir ersuchen sie, uns auch in der nächsten Versammlung zu unterstützen, wo das internationale Prinzip sich richtig festsetzen soll. Die Leute kennen hier dasselbe weiter nicht, als aus der Daxfeldt'schen „Freien Zeitung“.

Mit sozialdemokratischem Gruß. Karl Ferdinand Sonntag jr., von der Versammlung gewählter Schriftführer.

**Augsburg**. Arbeiter und Schuhmacher Deutschlands! Es stritten seit vierzehn Tagen 100 Schuhmacher hier und ist noch keine Aussicht auf Verständigung mit den Meistern vorhanden, wir ersuchen Euch, jeden Zugung von hier fern zu halten.“ Die Augsburger Arbeiter standen stets in erster Linie, wenn es galt, in ähnlichem Kampf befindliche Brüder zu unterstützen, deshalb werdet Ihr auch uns gegenüber Eure Schuldigkeit thun. Unterstützungen sind zu senden an G. Lipold bei J. Endres C. 361. Augsburg.

\*) Die in dem Briefe zugleich enthaltene Aufforderung zur materiellen Unterstützung mußten wir, gezwungen durch den bekannten Beschluß der Leipziger Polizei, streichen. R. d. S.

**Braunschweig**. Nachdem die hiesigen Schneidergehülften an ihre Prinzipale die Forderung einer Lohnerhöhung von 25% gestellt, und dieselbe von den Meistern nicht bewilligt wurde, stellten heute sämtliche Vertheilte die Arbeit ein. Wir bitten mit allen Kräften etwaigen Zugung abzuhalten, dann hoffen wir, da die Stimmung eine sehr gute ist, siegreich durchzuführen. Mit brüderlichem Gruß. Karl Kühn.

**Berlin**. Seit voriger Woche stritten in Berlin die Schneidergehülften der größeren Werkstätten, circa 400 bis 500 Mann. Der Grund des Streites ist weniger eine Lohnerhöhung, denn die wenigen Procente, welche zur Ausgleichung der Löhne in den betreffenden Werkstätten von den Arbeitgebern gezahlt werden sollen, würden von Letzteren bewilligt werden, aber die Arbeiter fühlen sich als Menschen und verlangen Aufhebung der Sonntags- und Nachtarbeit, und dies wollten die Herren Meister erst unter keinen Umständen bewilligen. Da die Gehellen jedoch fest auf ihrer Forderung bestehen, so ist Seitens der Meister der Vorschlag gemacht, und von den Gehellen angenommen worden, beiderseits eine Kommission zu wählen, welche zusammenzutreten und ihren Vätern die etwa vereinbarten Propositionen vorlegen, worüber diese event. Beschluß fassen werden.

Auch bei den Militär- und Confectionsschneidern haben einige Werkstätten entwerthende Lohnerhöhungen beantragt; sollten dieselben nicht bewilligt werden, so werden die Genannten die Arbeit niederlegen und würde in diesem, wahrscheinlich eintretenden Falle die Zahl der Streikenden auf mindestens 1500 bis 2000 Mann sich belaufen. Unter allen Umständen ist der Zugung abzuhalten. Weiteren Bericht folgt.

**Hannover**. Zur Schneider-Bewegung. Kollegen Deutschlands! Unsere Lohnfrage ist jetzt geregelt, der Streik im Kleinen ist beendet, der Zugung steht somit wieder offen; wir machen aber unsere Kollegen darauf aufmerksam, sich, wenn sie nach Hannover kommen, die Listen einzusehen, welche, mit den Namen der Arbeitgeber, die unsere gerechten Forderungen angenommen haben, auf nachbenannten Herbergen angeschlagen sind, und, wenn irgend möglich, nur bei den Betreffenden in's Geschäft zu treten. Die in Rede stehenden Herbergen sind: Schneider-Herberge, Knochenhauerstraße Nr. 5. Allgemeiner deutscher Schneiderverein, Kreuzstraße Nr. 10. Christliche Herberge zur Heimath, Kröbelingerstraße. Mit sozial-demokratischem Gruß. Schriftführer Schröder. Hde.

**Leipzig**. Der Streik der Seiler ist zu Ende. Zwei Drittel der Arbeiter haben fortgearbeitet, da die Meister ihnen 12 1/2-25% mehr Lohn versprochen. Verfüzung des Arbeitszeit und Befestigung der Tagewerke findet nicht statt. 1/2 der Arbeiter, welche die Arbeit eingestellt hatten, sind gemäßigelt und, von den anderen, den arbeitenden Kameraden, verlassen, abgereist und bekommen unter einem Jahre in Leipzig keine Arbeit mehr.

**Hannover**. Der Streik der Schuhmachersgehlen dauert fort.

Noch zeigen wir hierdurch an, daß die Schuhmachersgehlen-Herberge von Herrn Willig, Neuenstr. Nr. 22, zu Herrn Kellermann, Kreuzstr. Nr. 10 verlegt ist, woselbst sich das Schuhmachersgehlen-Nachweissungs-Bureau befindet. Hannover, den 29. März. Das Streik-Comitee.

**Für Hamburg**. Sozial-demokratischer Arbeiterverein. Versammlung am Sonnabend, d. 6. April, Abends 9 Uhr, im Eberhahn's Clublokal, Zeughausmarkt 31. Tagesordnung: 1. Der Leipziger Hochverrathsprozess. 2. Die Parteitagung. Gäste haben Zutritt. August Geb.

**Für Rochlitz**. Allen Parteigenossen zur Nachricht: die Versammlungen des hiesigen Vereins finden vom 30. März an regelmäßig alle Sonnabends Abends 8 Uhr im Lokal des Herrn Hauswald, Leipziger Straße 11 statt.

**Für München**. Der Fachverein der Schlosser gibt hiermit allen reisenden Fachgenossen bekannt, daß er im Würtemberger Hof Sendlinger-gasse, sein Vereinslokal hat, woselbst alle Abends von 7-9 Uhr unentgeltliche Arbeitsvermittlung stattfindet. Jeden Samstag Abends 8 Uhr ist ordentliche Versammlung. Der Verein hat eine selbstständige Krankenkasse, jedoch ist dieselbe nicht mit dem Kranken-Verein beim Krappenswirth am Färbergraben zu verwechseln. Der Ausschuß. NB. Alle Arbeiterfreundlichen Blätter werden ersucht, vorstehende Anzeige aufzunehmen.

**Für Heßen**. In Betreff der Landesagitacion für das allgemeine, gleiche und direkte Gemeinde-Wahlrecht fordern wir nochmals dringend auf, uns Adressen, hauptsächlich von Wiesbaden, Alsfeld, Schlitz, Friedberg, Worms, Alzei u. s. w. zukommen zu lassen. Ferner machen wir hiermit bekannt, daß in jeder Volksversammlung ein Delegirter für die Landesversammlung, welche am besten hier, und zwar kurz vor der betreffenden Kammer-Verhandlung, einzuberufen ist, zu wählen ist. Angenehm wäre es zu erfahren, was die Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins in Heßen für die erste und größte Forderung des Volks und unseres Meisters Ferdinand Lassalle zu thun gedenken. Darmstadt im März 1872. Ad. Kammer Georg Danges, I. Vorsitzender. Schriftführer, Ballonplatz 8.

**Für Augsburg**. Sozial-demokratische Arbeiterpartei. Samstag den 6. April Abends 8 Uhr, Versammlung im Geisterhaus. Tagesordnung: 1) Parteianglegenheiten. 2) Sozial-politischer Wochenbericht. Zahlreichem Besuch sieht entgegen: Im Auftrage G. Knödel.

**Für Augsburg**. Literarischer Verein, Montag den 7. April Nachmittags 3 Uhr. Versammlung im Geisterhaus. Zahlreichem Erscheinen sieht entgegen: Der Ausschuß.

**Für Leipzig**. Sozial-demokratischer Arbeiterverein. Sitzung, Freitag den 5. April Abends 8 Uhr im Leipziger Salon. Tagesordnung: Sozial-politischer Wochenbericht. Fragelisten. Gäste sind willkommen. Der Vorstand.

**Telegraphische Depesche**. Nürnberg. 100 Schlosser stritten. Forderung: zehnstündige Arbeitszeit, 25% Lohnerhöhung. J. A. des Streikcomitee: Volk. Gasthaus zur Lilie, Lantergasse.

**Zur Beachtung**. Die Parteigenossen, welche Extrablätter bezogen haben, werden ersucht, den Betrag hierfür (à 5 Bfg.) und das betreffende Porto umgehend einzusenden, damit Rechnung gestellt werden kann. Ebenso auch den Betrag für Telegramme. Leipzig, 30. März 1872.

**Die Expedition des „Volkstaat“**. Leipzig: Verantw. Redacteur A. Döpner (Redaktion u. Expedition Hofstr. 4.) Druck u. Verlag v. H. Thiele.